

# Am Schluss wird trotzdem abgerissen

Ökologisch verdichten in der Stadt Experten und Politikerinnen sind sich einig: Weiterbauen ist besser als platt machen. Doch die Zürcher Wirklichkeit ist eine andere.



Ein für Zürcherinnen und Zürcher geläufiger Anblick: Abbruch in Wiedikon. Foto: Ela Çelik

## Beat Metzler

Es ist bereits das zweite Todesurteil für die Manegg-Hallen im Zürcher Kreis 2. Dieses dürfte gelten. Die beiden Industriebauten zwischen Allmend und Leimbach müssen 2024 dem Schulhaus Höckler Platz machen, einem Neubau. Das hat ein Anfang Februar entschiedener Architekturwettbewerb ergeben.

Unter Architektinnen und Architekten gilt Zürich als «Tabula-rasa-Stadt», die Altes unzimperlich wegräumt. In den letzten 20 Jahren verschwanden gut 6200 Stadtzürcher Häuser. Das entspricht gut jedem neunten Gebäude. Damit soll nun Schluss sein. Das Prinzip «Ersatzneubau» wird gerade von vielen Seiten kritisiert.

Eine breite Mehrheit von AL bis FDP erklärte kürzlich im Stadtparlament, dass Ersatzneubauten nicht zur neuen Zürcher Netto-null-Strategie passten. Jeder Abbruch vernichte viel graue Energie, der für die Neubauten benötigte Beton verursache Unmengen an CO<sub>2</sub>. Der zuständige Stadtrat André Odermatt (SP) stimmte zu. Sein Hochbaudepartement verfolgt gemäss einer Sprecherin das Ziel, «wo immer möglich zu erhalten».

Fachleute wehren sich auch aus «kulturellen Gründen» gegen das Abreissen. Dieses zerstöre den Charakter eines Ortes, sagt Christoph Schläppi, Architekturhistoriker und Berater des Schweizer Heimatschutzes. «Dabei sind Räume mit sichtbarer Geschichte sehr beliebt, wie Altstädte und frühere Industriegebiete zeigen.»

Diese Position reicht mittlerweile weit über den Heimat-

schutz hinaus. Die ZAS\*, eine Gruppe junger Zürcher Architektinnen und Architekten, setzt sich für abrisssgefährdete Gebäude ein. «Es tut einer Stadt auch sozial nicht gut, wenn nach ein paar Jahrzehnten alles wieder platt gemacht wird», sagt Jens Knöpfel im Namen der Gruppe. «Diese Haltung lehnen wir ab. Wir wollen mit dem arbeiten, was da ist.»

### Protest gegen Abriss der Maag-Halle

Solche Vorbehalte haben auch den Wettbewerb zum Höckler-Schulhaus beeinflusst. Zumindest ein bisschen. Als Ausnahme erlaubt die Ausschreibung Vorschläge, die «einen Teilerhalt der Hallen vorsehen».

6 von 32 Beiträgen haben den Weg des Bewahrens eingeschlagen – trotz gegenteiliger Empfehlung der Stadt. Die Zürcher Architekturbüros Enzmann Fischer und Meyer Dudesek zum Beispiel schlagen vor, die beiden Hallen mit zwei neuen Geschossen aufzustocken. Der Jury gefällt dieser Ansatz.

Geschätzte 900 Tonnen CO<sub>2</sub> würden dadurch eingespart, schreibt sie, die Rohbaukosten gesenkt, die Baudauer verkürzt. Das angrenzende Neubauquartier Greencity profitierte von den «imposanten Zeitzeugen» und davon, dass ein Teil der aktuellen Zwischennutzung bleiben könnte. «Würde man die Klimajugend fragen, so wäre das wohl ihre neue Schule.»

Gefragt wird aber nicht die Klimajugend, sondern die Jury. Und diese hat Enzmann Fischer und Meyer Dudesek auf den zweiten Platz gesetzt. Den Sieg holt ein Ersatzneubau ohne alte Hallen.

Beim zweitplatzierten Entwurf würden «laut Schulvertretung die betrieblichen Nachteile» überwiegen, heisst es im Jurybericht. Dazu kommen Schwierigkeiten mit dem Grenzabstand, wobei es beim Siegerprojekt ähnliche Bedenken gibt. «Das ist eine verpasste Chance», sagt Philipp Fischer vom zweitplatzierten Team.

Der Manegg-Fall scheint typisch. Trotz Bekenntnissen gegen das Abreissen geschieht es am Ende trotzdem.

## Die Haltung, das Bestehende zu bevorzugen, setzt sich auch an den Hochschulen langsam durch.

Zum Beispiel bei der Maag-Halle. Den Architekturwettbewerb zur Überbauung des Areals hinter dem Prime Tower gewann ein Projekt, das den umgenutzten Industriebau mit einbezogen hätte. Doch die Besitzerin Swiss Prime Site (SPS) entschied anders. Die Bewahrung der Halle hätte eine Anpassung der Bauvorschriften nötig gemacht. Das scheint der SPS zu unsicher. Zudem bringe das zweitplatzierte Neubauprojekt zahlreiche Vorteile, heisst es.

Fast 9000 Protestunterschriften und zahlreiche Sympathiebekundungen haben SPS nicht

umgestimmt. Auch das Angebot des Gemeinderats nicht, die Baulinien anzupassen.

Das baldige Ende droht auch den drei Personalhochhäusern des Triemlispitals, 1969 aus Beton erstellt, 15 Stockwerke hoch, rund 250 Zimmer pro Turm. Momentan werden sie teilweise zwischengenutzt. Vor rund 20 Jahren beschloss die Stadt im Rahmen der Entwicklungsstrategie für das Triemlispital, die Türme zu schleifen. Das Volk stimmte zu. Nun hat die AL nachgefragt, ob sich dieser Entscheid aufgrund der aktuellen Bedenken kippen lasse. Nein, findet der Stadtrat in seiner kürzlich veröffentlichten Antwort.

Zu viel spreche dagegen: Der Ausbau genüge den heutigen Ansprüchen nicht. Wegen der Bauweise hätten die Hochhäuser einen hohen Energieverbrauch, der Brandschutz müsste für viel Geld erneuert werden. Und die kleinen Einzelzimmer eigneten sich nicht für eine künftige Spitalnutzung.

### Lockerung der Bauvorschriften gefordert

Solche Erklärungen seien häufig, heisst es bei der Architektengruppe ZAS\*. «Die technokratischen und bürokratischen Entscheidungsprozesse führen viel zu oft zum Abriss.»

Die Vorliebe für Tabula-rasa-Architektur folge aus einem «ökonomisch geprägten Optimierungswahn», sagt der Architekturhistoriker Christoph Schläppi. Mit Neubauten liessen sich günstige Standardlösungen umsetzen, die allen aktuellen Ansprüchen genügten. «In dieser Logik bekommt man mit Abreissen leichter, was man will.»

Architektin Erika Fries, Mitinhaberin des Zürcher Büros Huggenbergerfries und Mitglied der städtischen Denkmalpflegekommission, sieht ein grosses Hindernis in den zahlreichen Bauvorschriften. Beim Weiterbauen bestehender Häuser lasse es sich kaum vermeiden, in Bereichen wie Lärm, Erdbebensicherung oder Wärmeschutz gegen gewisse Vorschriften zu verstossen. Das bedeute für die Investoren ein Risiko.

«Aber auch hinter Normen steht eine Wertung», sagt Erika Fries. Sie schlägt deshalb vor, für Bestandesbauten gewisse Vorgaben zu lockern. Der ETH-Städtebau-Professor Tom Avermaete forderte kürzlich in der NZZ eine Anpassung der Bauvorschriften, um die «Neuinterpretation des Bestehenden» zu erleichtern. Auch finanziell könnten sich Bestandesbauten lohnen, sagt Erika Fries. «Würden der CO<sub>2</sub>-Ausstoss und der kulturelle Wert in einer Bilanz berücksichtigt, dann sowieso.»

Die Mitglieder der ZAS\* versuchen, die Pro-Abriss-Argumente konkret zu widerlegen. «Mit Eingaben bei Architekturwettbewerben wollen wir aufzeigen, dass Weiterbauen eben doch funktioniert.» Auch für die 750 Zimmer der Triemli-Personalhäuser würde sich eine gute Verwendung finden lassen.

Beim städtischen Hochbaudepartement heisst es, dass Entscheide zwischen Bewahren oder Ersatzneubau oft «komplexe Interessenabwägungen» seien, bei denen es viele verschiedene Aspekte zu berücksichtigen gebe. Dazu kämen kantonale Gesetze, welche die Stadt einhalten müsse. Die Wahrnehmung, dass die

Stadt vor allem abreisse, sei «ziemlich schief», sagt Sprecherin Anja Grüter. Sie verweist auf mehrere Projekte, bei denen die Stadt Bürobauten in Schulhäuser umwandelt, zum Beispiel das Radiostudio beim Bucheggplatz.

Und falls sich ein Abriss nicht vermeiden lasse, sei die Stadt bestrebt, bei den Ersatzneubauten mit klimafreundlichen oder bereits vorhandenen Materialien zu arbeiten, sagt Grüter.

### Sich auf etwas Vorgefundenes einlassen

Die Haltung, das Bestehende zu bevorzugen, setze sich auch langsam an den Architekturhochschulen durch, sagt Christoph Schläppi, der selbst im Architekturdepartement der ZHAW unterrichtet.

An der ETH, sagt Erika Fries, gehe es immer seltener darum, das makellose Objekt zu schaffen. «Heute sind eher Aufstockungen ein Diplomthema.» Das fordere von den Architektinnen und Architekten ein ganz anderes Vorgehen. «Man kann sich nicht selbst in einem Gebäude verwirklichen, sondern darf sich auf etwas Vorgefundenes einlassen.» Dabei gelte es, das Unperfekte wieder schätzen zu lernen, sagt Christoph Schläppi. «Städtebauliche Identität entsteht oft aus Fehlstellen und Brüchen.»

Die Angefragten sind sich einig, dass solche grundsätzlichen Umstellungen gerade beim Bauen Zeit bräuchten. Viele Abbruchentscheide, die heute sichtbar werden, fielen vor Jahren oder gar Jahrzehnten. «Bald könnte sich einiges ändern», sagt Jens Knöpfel.

Für die Manegg-Hallen wird es knapp nicht mehr gereicht haben.